KWP62

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Armut bekämpfen**

Text

Armut zeigt sich häufig in einem Mangel an sozialer Teilhabe. Armut zieht oft schlechtere Bildungschancen nach sich. Armut beeinflusst die Möglichkeiten, geeigneten Wohnraum zu finden. Diese Probleme hängen teilweise zusammen und verstärken sich gegenseitig. Die Folgen widersprechen unserem Verständnis von Gerechtigkeit. Daher müssen wir das Thema Armut weiter intensiv angehen.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum - in allen Quartieren. Wir wollen dies über eine stärkere Sozialraumorientierung angehen. Da Sozialpolitik bereits beim Bauen und der Stadtplanung beginnt, widmen wir den Themen Wohnen und inklusive Quartiersentwicklung eigene Kapitel.

Eine Wohnung mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Stromsperren nur in Ausnahmefällen zulässig sind. Mit den Stadtwerken wollen wir im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen, wie die Grundversorgung für alle finanzierbar bleiben kann - damit keine Wohnung kalt bleiben muss.

Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es sehr schwierig für ALG II-Empfänger*innen, Wohnungen innerhalb der Mietobergrenzen (MOG) zu finden. Mietobergrenzen sind die Grenzen, die eine Wohnung für einen ALG II-Bezieher*in maximal kosten darf. Das heißt, wenn die Person die Mehrkosten nicht trägt, muss sie umziehen und findet im schlimmsten Fall keine Wohnung mehr. Häufig wegen weniger Euros. Wir wollen daher zum einen, dass die Duldungsgrenze erhöht wird, in welcher die Stadt die Kosten der Unterkunft weiterhin übernimmt, und zum anderen den Zeitraum erhöhen, den Menschen zum Finden einer neuen Wohnung - z. B. nach einer Mieterhöhung - bekommen. Aber an sich wollen wir verhindern, dass Menschen umziehen müssen, da sie zum einen aus ihrem Umfeld vertrieben werden

und zum anderen die Kosten für den Umzug in keinem Verhältnis stehen im Vergleich zu den paar Euro Überschreitung der MOG. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Kosten der Unterkunft in Zukunft zumindest anteilig übernimmt.

Studien belegen, dass dort, wo viel Armut herrscht, auch die Mobilität eingeschränkt ist. Ein vergünstigter ÖPNV ist daher eine notwendige soziale Maßnahme (siehe Kapitel Ticketpreise senken). Wir begrüßen das Programm Teilhabe am Arbeitsmarkt (auch zweiter Arbeitsmarkt genannt) und die erfolgreiche Umsetzung in Kiel. Wir begrüßen, dass auf Bundesebene die Sanktionierung bei Hartz IV ausgesetzt ist, und wir fordern dies dauerhaft.

Für uns ist es wichtig, dass auch in Zeiten verschuldeter öffentlicher Haushalte nicht im Sozialbereich gespart wird und setzen uns dafür ein, dass keine freiwilligen Leistungen der Stadt Kiel zurückgefahren werden. Wir wollen Hilfsangebote, besonders im Bereich der Hilfe zur Selbsthilfe, weiter fördern, besonders Energie-, Schuldner- und Rechtsberatungen. Wichtig und richtig ist hierbei, dass die Stadt in den vergangenen Jahren Förderung nach Bedarf und nicht mit der Gießkanne verteilt hat. Das heißt, dass Stadtteile mit hohem Bedarf auch mehr Förderung bekommen. Eine starke Wohn- und Sozialpolitik ist die beste Prävention gegen Kriminalität und Extremismus.

Die Ausnutzung von Menschen in Notsituationen muss bekämpft werden, sei es auf dem Wohnungsmarkt (durch Überbelegungen), in der Sexarbeit oder anderswo. Illegale Wohn- und Beschäftigungsstrukturen bestehen durch das Ausnutzen von (EU-)Ausländer*innen.